

LEITLINIEN ZUR EINHEIT, VERABSCHIEDET DURCH DIE PDI UND DIE AD, IM HINBLICK AUF DIE GRÜNDUNG DES ALTERNATIVEN DEMOKRATISCHEN POLS

In Anbetracht der tiefen nationalen Krise und überzeugt, daß der Weg zur Veränderung der wirtschaftlichen, sozialen und politischen Strukturen Kolumbiens allein über die Erweiterung und Vertiefung der immer stärker eingeeengten Demokratie sowie der vollen Ausübung der nationalen Souveränität führt, verpflichten sich der Unabhängige Demokratische Pol und diejenigen Kräfte, die zusammen die Koalition "Demokratische Alternative" bilden (Frente Social y Político, MOIR, Unidad Democrática, Movimiento Ciudadano y Opción Siete), im Prozeß der Einheit unserer Kräfte weiter voran zu schreiten auf der Grundlage von Vorstellungen über die Einheit, die wir hiermit dem kolumbianischen Volk und der internationalen Gemeinschaft vorstellen. 1. Nationale Souveränität und Einheit Lateinamerikas

1. Nationale Souveränität und Einheit Lateinamerikas

Wir werden die Souveränität und Unabhängigkeit unserer Nation gegen jede ausländische Macht verteidigen. Wir lehnen die neoliberale Globalisierung und ihre aktuelle Ausdrucksform, den Freihandelsvertrag mit den Vereinigten Staaten sowie die Gesamtamerikanische Freihandelszone ALCA, ab und wenden uns gegen die Bedingungen des Finanzkapitals und seiner internationalen Kontrollorgane Weltbank, Internationaler Währungsfond und Welthandelsorganisation.

Wir unterstützen die Prozesse der Solidarität und Integration der lateinamerikanischen Brudervölker, die darauf abzielen, einen Block von Nationen zu bilden, die in der Lage sind, unsere Wirtschaft, unsere Naturreichtümer und unsere ethnische, historische und kulturelle Identität zu verteidigen. Auf der Grundlage der Gleichheit, des gegenseitigen Respekts und des gegenseitigen Vorteils werden wir diplomatische, kommerzielle und kulturelle Beziehungen zu allen Ländern der Erde unterhalten. Wir weisen den Unilateralismus der Regierung des US-Präsidenten George W. Bush und seine Strategie der Präventivkriege als neue Form der Einmischung in die Angelegenheiten anderer Nationen grundsätzlich zurück.

Wir sprechen uns für die Errichtung einer neuen Weltordnung auf der Grundlage wahrhafter demokratischer Werte sowie des Schutzes und der Respektierung der Rechte aller Völker aus. Wir wollen ein multilaterales Herangehen bei der Behandlung und der Suche nach gerechten Lösungen für die Widersprüche, die in vielerlei Hinsicht zwischen den Völkern entstehen. Wir verteidigen die Menschenrechte und unterstützen die internationalen Vereinbarungen über Umwelt, Arbeitsrechte, sowie den Schutz der Frauen und Kinder. Wir bekämpfen jede Form von Rassismus, Fremdenhaß, sozialer Ausgrenzung, internationaler Aggression, Hegemonismus und räuberischer Ausbeutung der Naturre Ressourcen oder des Menschen. Wir unterstützen die Verhandlungen in der UNO zugunsten einer Neudefinition ihrer Rolle zur Wahrung der Interessen aller Nationen der Erde und verpflichten uns, mit Taten dazu beizutragen, daß die UNO zu einer Organisation wird, die in demokratischer Art und Weise die Beziehungen zwischen den Ländern regelt, das friedliche Zusammenleben der Völker fördert und die politische, wirtschaftliche und soziale Entwicklung zugunsten eines wachsenden Wohlstandes der Völker voranbringt und unterstützt.

Wir arbeiten für die wirtschaftliche und rechtliche Besserstellung sowie für die Einheit und Würde der Kolumbianer, die im Ausland leben.

Das Instrument der Auslieferung als nützliches Werkzeug wird auf Ausnahmefälle bei der Verfolgung gemeiner Straftaten beschränkt, immer vorausgesetzt, dass es sich dabei um von Kolumbianern im Ausland begangene Straftaten handelt und das drohende Strafmaß nicht härter ist als in der kolumbianischen Strafgesetzgebung vorgesehen.

Der Einsatz von Pflanzenvernichtungsmitteln gegen illegale Kulturen ist zu beenden. Wir fordern die Schließung der US-amerikanischen Militärbasen sowie den Abzug der ausländischen Truppen, Söldner und Militärberater aus Kolumbien. In Abstimmung mit anderen Ländern und den verschiedenen multilateralen Organisationen werden wir an gemeinsamen und tiefgreifenden Lösungen für die Probleme des Drogenhandels, des Drogenkonsums und der Verbreitung illegaler Drogen sowie der Geldwäsche in den reichen Ländern suchen. Zugleich müssen die Fragen der Schaffung von Alternativen einer beständigen wirtschaftlichen Entwicklung und der Wiederherstellung eines intakten sozialen Gefüges sowie der kulturellen Werte in den Ärmsten der von diesen Problemen betroffenen Länder gelöst werden.

Wir weisen darauf hin, daß die öffentliche Verschuldung (extern und intern) die hauptsächliche und entscheidende Ursache für die chronische Finanzkrise ist, unter der der kolumbianische Staat leidet und die der IWF und die Regierung lediglich durch Strukturanpassungsmaßnahmen und Steuerreformen zu lösen versuchen, die sich immer verheerender auf die Bevölkerung auswirken. Außerdem wird die Verschuldung durch internationale Institution als Instrument für die Ausplünderung und Erpressung des Landes genutzt. Dieses Problem werden wir lösen ...

2. Staat und politisches System

Wir treten für ein politisches Regime ein, daß den sozialen Rechtsstaat zur Realität werden läßt und den wir als einen souveränen und pluralistischen Staat verstehen, der die politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte der Bevölkerung respektiert und umsetzt. Dies gilt auch für das Recht der Arbeiter in privaten und staatlichen Betrieben auf Protest, Organisation und Streik sowie für die demokratischen Freiheiten und Garantien, wie sie in der Verfassung von 1991 für alle Einwohner im gesamten nationalen Territorium festgeschrieben wurden.

Wir treten für eine tiefgreifende Reform der Justiz ein, um ein unparteiliches, unabhängiges, unentgeltliches und effektives Rechtswesen zu garantieren, das allen Einwohnern im gesamten Land dient und speziell die Rechte der weniger Begünstigten fördert. Wir verteidigen Mechanismen wie den Rechtsschutz und wollen ihn stärken und ausdehnen und seinen vorteilhaften und umfassenden Charakter erhalten.

Wir werden eine demokratische, politische Reform in Gang setzen, die das freie und souveräne Stimmrecht und Wahlen frei von Korruption, Klientelismus und der Plünderung öffentlicher Geldquellen sichert. Wir kämpfen außerdem für die vollständige staatliche Finanzierung der Wahlkampagnen, damit diese gleichberechtigt stattfinden können, für die Rechte der Opposition und deren realer Mitwirkung im Nationalen Wahlrat und für den demokratischen Zugang der unterschiedlichen politischen Strömungen zu den Massenmedien.

Wir werden auf eine territoriale Neuordnung des Landes hinarbeiten, die von der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Wirklichkeit der Bevölkerung, besonders der indigenen und afrokolumbianischen Gemeinschaften, ausgeht und die die Einheit und territoriale Integrität der Nation bewahrt.

Entschlossen verteidigen wir die gewerkschaftlichen Freiheiten, das Recht auf zivilen Widerstand und sozialen Protest und treten nachdrücklich dafür ein, daß alle Parteien, Bewegungen und politischen und sozialen Organisationen bei voller Garantie am gesamten öffentlichen Leben teilnehmen können.

3. Wirtschaftliche Demokratie

Wir werden ein Entwicklungsmodell fördern, daß ein florierendes und eigenständiges wirtschaftliches Wachstum im Rahmen einer Nachhaltigkeit von Umwelt und Kultur zum Nutzen aller Kolumbianer und zur Überwindung der Ungleichheit garantiert. Reichtum bei sozialer Breite soll

produziert werden.

Wir verteidigen das nationale Erbe und stärken die nationalen Produktionsmittel und den Binnenmarkt und fördern eine adäquate Einbindung des Landes in die Weltwirtschaft. Importe, die der Produktion des Landes schaden, werden unterbunden.

Der Staat wird zugunsten der Stärkung der nationalen Produktion in Industrie, Manufaktur, Handwerk, Landwirtschaft und Viehzucht sowie des kolumbianischen Dienstleistungssektors durch staatliche Förderungskredite, wissenschaftliche Forschung, technologische Entwicklungen und Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur eingreifen.

Der Staat wird eine Regulierungsrolle spielen und sich nicht aus dem Besitz und der direkten Führung der grundlegenden öffentlichen Dienstleistungen und der strategischen Sektoren verabschieden. Privatisierungen werden zurückgenommen und das staatliche Eigentum an Betrieben gefördert, die für die nationale wirtschaftliche Entwicklung strategisch wichtig sind.

Wir werden eine Landwirtschaftspolitik verfolgen, die unsere Nahrungsmittelsicherheit garantiert, und die gegenwärtige Konzentration des Bodens und die unproduktiven Latifundien abschaffen. Wir fördern die ländliche Produktion durch Reduzierung der finanziellen und Immobilienbelastungen, durch Technologietransfer und durch den Kampf für die Abschaffung der Landwirtschaftssubventionen in den entwickelten Ländern und der Schranken, mit denen sie ihren Markt schützen, während sie von uns die totale Öffnung unseres Marktes fordern. Der individuelle oder kollektive Zugang der Bauern zum Boden wird garantiert und es wird ihnen die notwendige staatliche Unterstützung für ein würdiges Leben ihrer Familien gewährt werden. Die historischen Rechte und die überlieferten Bräuche der indigenen und afrokolumbianischen Gemeinschaften werden respektiert.

Die gewaltsamen Vertreibungen werden drastisch bestraft und die Rückkehr der Vertriebenen auf ihr Land soll ermöglicht werden. Dabei erhalten sie Garantien hinsichtlich des Bodens, ihrer Sicherheit und der Unterstützung für ihre wirtschaftliche und soziale Entwicklung. Bei den ländlichen Produktionsprojekten wird mit überzogenen Forderungen Schluß gemacht wie z. B. dem Zwang für die Bauern transgenetische Samen oder bestimmte Mittel einzusetzen, wodurch diese den Produktionszwängen der transnationalen Konzerne unterworfen werden.

Eine Finanzreform wird garantieren, daß die Ersparnisse der Bevölkerung wirklich in die Produktion einfließen und einer immer größeren Zahl von Kolumbianern Kredite zur Verfügung stehen.

Die vielfältigen Formen der Produktion, Distribution und des Konsums in Kolumbiens werden anerkannt, unterbunden werden dagegen monopolistische Praktiken, die Verweigerung der Rechte der Arbeiter, der Mißbrauch gegen kleine und mittlere Produzenten. Wir werden dafür arbeiten, das Öffentliche stärker zu entwickeln als das Staatliche. Die Erfüllung der sozialen Verpflichtungen des Besitzes wird eingefordert werden.

Die Souveränität bei der Handhabung der öffentlichen Verschuldung, der Zentralbank, der öffentlichen Finanzen, der Kontrolle der Devisengeschäfte und der Festlegung der Abgaben und Steuern wird zurückgewonnen werden.

Es wird ein Finanzsystem errichtet, das sich auf direkte und progressive Steuern stützt. Wir kämpfen gegen ungerechte Steuern, die den Konsum und den Haushalt der Familien beeinträchtigen, sowie gegen die Steuerprivilegien der großen nationalen und ausländischen Monopole. Steuerhinterzieher, Schmuggler, Spekulanten und Betrüger an den Ressourcen und Gütern des Staates werden bestraft werden.

4. Soziale, wirtschaftliche, kulturelle und Umweltrechte

Die wirkliche Daseinsberechtigung des Staates besteht in dem Streben nach der universellen Verbreitung der sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Rechte zugunsten des Wohlstandes der Bevölkerung, wie sie in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte festgeschrieben sind. Die größten Anstrengungen werden dabei auf die Schaffung der materiellen, sozialen, kulturellen und politischen Grundlagen für eine sozial gerechte Kolumbien gerichtet.

Der Staat erkennt die ethnische und kulturelle Vielfalt der kolumbianischen Nation an und wird diese schützen. Dazu wird eine umfassende Politik gegen Rassismus und Diskriminierung verwirklicht und das Prinzip der substantiellen Gleichheit, in Übereinstimmung mit Artikel 13 der nationalen Verfassung, umgesetzt.

Die öffentlichen Sozialausgaben werden vor den Auslandsschulden und dem Militärhaushalt Vorrang haben. Es wird eine demokratische Arbeitsreform geben, die die mißachteten Rechte der Arbeiter wiederherstellt. Wir kämpfen für bessere Lebens- und Arbeitsbedingungen und werden ein reales System der Preiskontrolle für die Waren des Grundbedarfs, der Transporttarife und der öffentlichen Dienstleistungen etablieren. Die Löhne und Gehälter werden so angehoben, daß die Kaufkraft der Bevölkerung wächst.

Wir werden eine umfassende Reform der öffentlichen Versorgungsleistungen auf der Grundlage der sozialen Gleichheit, der Umverteilung der Einkommen, der Solidarität und der Verteidigung und Stärkung des öffentlichen Besitzes im Rahmen der sozialen Funktion des Staates durchführen. Wir verstehen die Gesundheit als fundamentales Recht und nicht als Ware. Folglich werden wir das Gesetz Nr. 100 aus dem Jahre 1993 abschaffen und eine tiefgreifende Reform des öffentlichen Gesundheitswesens durchführen, um die gesamte Bevölkerung medizinisch zu betreuen. Die ärztliche Unabhängigkeit bei Diagnose und Behandlung wird respektiert. Das Netz an öffentlichen Gesundheitseinrichtungen wird verteidigt und gestärkt, die Privatisierung der Krankenhäuser und Gesundheitszentren wird abgelehnt. Die Handlungsfähigkeit des staatlichen Sozialversicherungsinstituts ISS wird wieder hergestellt. Die Einmischung des Finanzkapitals in die Bereitstellung der Dienste des Gesundheitswesens wird beendet. Den Mitarbeitern dieses Dienstleistungssektors werden würdige Arbeitsbedingungen garantiert.

Die privaten Pensionsfonds werden abgeschafft und die von den neoliberalen Regierungen mißachteten Rechte der Rentner werden wiederhergestellt. Wir werden spezielle Programme für die Betreuung der Rentner auf den Gebieten der Gesundheit, Bildung, Erholung und des Sports schaffen.

Die öffentliche Bildung wird universell, von hoher Qualität, kostenlos und obligatorisch für die Bereiche Vorschulerziehung, Grund- und Mittelstufe der schulischen Ausbildung, Berufsausbildung und höhere Bildung sein. Wir werden die mißachteten Rechte der Lehrerschaft in den Bereichen Arbeit, Löhne und berufliche Entwicklung wiederherstellen. Förderung erfahren die wissenschaftliche Forschung und die technologischen Entwicklung, der Breitensport und die kostenlose Freizeitgestaltung.

Die Kultur als Lebensform wird in ihren unterschiedlichen sozialen, zivilen und gemeinschaftlichen Erscheinungsformen gefördert werden, wie auch die Kunst, die Territorien und das Leben der Völker. Der soziale Rechtsstaat wird mittels der Kultur die nationale Identität, das nationale Bewußtsein und das historische nationale Erbe schützen und fördern.

Schluß gemacht wird mit dem Einwirken finanzieller Interessen auf die Sozialwohnungen und die Mittel für die Projekte, die den Menschen den Erwerb würdiger Wohnungen ermöglichen, werden erhöht. Wir werden Maßnahmen ergreifen, die die Spekulation mit städtischen Grundstücken beenden und die entsprechenden Gerichtsverfahren zugunsten der Schuldner entscheiden. Beendet werden alle Schritte seitens der Finanzinstitutionen, Schuldner aus ihren Wohnungen werfen zu lassen. Wir werden zugleich das gegenwärtige System der Bemessungsgrundlagen

(UVR /UPAC) für Wohnungsbaukredite verändern, um zu verhindern, daß sich die Kosten für Wohnungen vervielfachen.

Wir werden die rechtliche Gleichstellung der Frauen garantieren und gleiche Möglichkeiten hinsichtlich des Zugangs zu öffentlichen Ämtern und in der Arbeitswelt sichern. Wir verteidigen das Prinzip „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“. Wir treten für die Rechte der Frauen hinsichtlich Kinder und Fortpflanzung einschließlich des Rechts auf Schwangerschaftsabbruch ein. Wir lehnen alle Ausdrucksformen von Sexismus sowie öffentliche und private Gewalt gegen Frauen ab. Wir widersetzen uns der Nutzung des Körpers als Kriegsbeute.

Wir werden die barbarische Ausbeutung der Kinder im Arbeitsprozeß unter Strafe stellen. Wir widmen unsere besondere Aufmerksamkeit den Minderjährigen sowie der umfassenden Betreuung der älteren Menschen. Respekt, Schutz und spezielle Programme für Beschäftigung, Ausbildung sowie Erholung und Sport wird es für Männer und Frauen geben, die an der Spitze einer Familie stehen, für ältere Mitbürger, für Behinderte und Suchtabhängige.

Wir erkennen die freie Entwicklung der Persönlichkeit an und fördern die vollen Rechte von Homo-, Bi- und Transsexuellen und werden ihre Diskriminierung bekämpfen.

Im Rahmen einer Politik der nachhaltigen Entwicklung sowie des Schutzes und Erhaltes der Umwelt und der biologischen Vielfalt wird die Nutzung des Bodens und der erneuerbaren sowie nicht der erneuerbaren Naturressourcen gestattet, wobei diese gegen die Gefräßigkeit der multinationalen Konzerne und ihrer Megaprojekte geschützt werden. Die Nutzung der Naturressourcen erfolgt entsprechend der internen Bedürfnisse unserer Nation, die Einbeziehung der Bürger in die entsprechenden Entscheidungsprozesse wird gefördert. Wir werden die Privatisierung der Natur und die Ausplünderung unserer biologischen Vielfalt seitens der transnationalen Konzerne durch Ausnutzung und Aneignung des Genoms der Pflanzen und Tiere in Form von Patenten und Normen des intellektuellen Eigentums. Biodiversität wird als öffentliches Gut betrachtet.

5. Frieden, Gerechtigkeit und Sicherheit

Der interne bewaffnete Konflikt in Kolumbien bedarf einer politischen und nicht einer militärischen Lösung. Deshalb müssen die am Konflikt beteiligten Seiten statt auf Krieg und Gewalt zu setzen, zum Dialog und zu Friedensverhandlungen finden.

Unsere wichtigste Friedenspolitik wird in tiefgreifenden demokratischen Reformen jener Verhältnisse der zuvor beschriebenen sozialen, politischen und wirtschaftlichen Marginalisierung bestehen. Wir werden eine permanente staatliche Politik verwirklichen, die der Bevölkerung friedliche Bedingungen für das gesellschaftliche Leben garantiert. Innerhalb dieser Perspektive und im Rahmen der Suche nach einer Verhandlungslösung mit den Aufständischen werden wir eine nationale Übereinkunft auf der Grundlage der Respektierung der Souveränität und der Gültigkeit der demokratischen Prinzipien in Angriff nehmen; einer Vereinbarung an der sich alle Sektoren der Gesellschaft aktiv beteiligen und in die Entscheidungen einbezogen werden.

Solange der Konflikt andauert, werden wir nach humanitären Abkommen zwischen der Regierung und den Aufständischen suchen, um die Bevölkerung vor den Folgen des Krieges zu schützen. Gleichzeitig muß die niederdrückende und entwürdigende Situation für die Personen überwunden werden, die aufgrund dieses Konfliktes entführt oder denen ihre Freiheit willkürlich und ungerechter Weise genommen wurde. Wir meinen, daß eine Waffenruhe und die Einstellung der Kämpfe helfen kann, Möglichkeiten für die Wiederherstellung der Glaubwürdigkeit eines Dialoges nach den Enttäuschungen der Vergangenheit zu schaffen.

Wir werden eine Politik der Überwindung sowie umfassenden und definitiven Demobilisierung der Paramilitärs, sowohl hinsichtlich ihrer bewaffneten Strukturen, als auch ihres Netzwerkes zur wirtschaftlichen Unterstützung, ihrer kriminellen Aktivitäten, ihrer politischen und sozialen Erpressung

und ihrer ungesetzlichen Kontrolle von Territorien, umsetzen. Es wird ein rechtlicher Rahmen der Wahrheit und Gerechtigkeit definiert werden, um die historische Wahrheit zu finden, die Erinnerung zu bewahren, die Straflosigkeit zu überwinden und die wirtschaftliche, politische, kulturelle und moralische Wiedergutmachung gegenüber den Opfern zu garantieren und die Verantwortlichkeit des Staates, dort wo sie gegeben war, anzuerkennen.

Wir lehnen jede Form des Terrors und des Staatsterrorismus ab, insbesondere Attentate gegen Personen, Entführungen, Erpressungen, bewaffnete Aktionen gegen die Zivilbevölkerung, die in keinem Falle legitime Formen des Kampfes der Bevölkerung sind und daher von uns verurteilt werden. Im Kontext der imperialen Herrschaft widersetzen wir uns dem Konzept des „Antiterrorkampfes“, den die US-amerikanische und die kolumbianische Regierung als Vorwand nutzen, um zu absolutistischen Methoden zu greifen und alle Formen des Kampfes des Volkes, das sich der herrschenden Politik widersetzt, mit Verfolgung zu bekämpfen.

Verbrechensvorbeugung und -bekämpfung sowie die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung erfolgen im Rahmen der Respektierung der Grundrechte der Menschen. Die repressiven und antidemokratischen Elemente der Politik der sogenannten „Demokratischen Sicherheit“ werden abgeschafft, insbesondere jene die im Widerspruch zu den internationalen Menschenrechten die Bevölkerung in den Krieg hineinziehen.

Wir fördern eine Kultur des Friedens und der Toleranz beim Streben nach Würde, Gleichheit und menschlicher Solidarität und bei der Erlangung eines Umfeldes des gesellschaftlichen Zusammenlebens, wie es notwendig ist, damit alle Bürger jenen Freiheiten, die ihnen die verfassungsgemäße Ordnung garantiert, ihrer öffentlichen und privaten Tätigkeit nachgehen können.

6. Nationale Drogenpolitik

In verantwortungsvoller, souveräner und unabhängiger Weise werden wir eine Politik gegen Drogen und ihren Handel im Interesse der Nation und ihrer Bürger durchführen.

Hinsichtlich der Produktion werden wir das Ausbringen von Pflanzenvernichtungsmitteln einstellen und mit den betroffenen Gemeinschaften abgestimmte Entwicklungsalternativen fördern. Dies erfolgt in einem schrittweisen Prozeß der Ablösung illegaler Kulturen, ohne die Kleinproduzenten zu kriminalisieren. In Bezug auf die Verarbeitung der Drogen und den Handel mit ihnen werden wir Vereinbarungen anstreben, in denen die internationale Gemeinschaft entsprechende Aufgaben und Ziele festlegt. Beim Problem des Drogenkonsums hat die gesundheitliche Betreuung Vorrang vor Bestrafung und Repression.

Kolumbien wird eine internationale Konferenz zur Einschätzung der Effektivität der Drogenpolitik in der Welt in den letzten zwanzig Jahren und zur Erarbeitung von Alternativen einberufen.

7. Demokratischer Kampf der Massen

Im allgemeinen Rahmen der vorstehenden Betrachtungen unterstützen und fördern wir die Proteste der Bürger, die Mobilisierungen der Bevölkerung, den zivilen Kampf und die verschiedenen Formen des Widerstandes gegen die Unzufriedenheit mit der vom internationalen Kapitalismus aufgezwungenen Politik, Aktionen die sich gegenwärtig insbesondere gegen die Regierung von Álvaro Uribe Vélez und sein Streben nach Wiederwahl richten.

Wir treten folglich für einen Prozeß des Zusammengehens und der Einheit aller Sektoren der Bevölkerung ein, um eine Alternative zu schaffen, die Kolumbien aus seiner tiefen und langen Krise heraus und auf den Pfad des Fortschritts und der Gerechtigkeit führen kann und uns so den Stolz zurück gibt, Kolumbianer zu sein.